



Pressemitteilung

Schwerin, 2. September 2014

Noch bis 30. September 2014 beim Fonds Heimerziehung melden

Meldefrist für Ansprüche von ehemaligen DDR-Heimkindern endet

Wer in Heimen und Jugendwerkhöfen in der DDR Leid und Unrecht erfahren hat und heute noch unter den Folgen leidet, sollte bis 30. September 2014 beim Fonds Heimerziehung seine Ansprüche anmelden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Eine formlose Meldung bei einer Fonds-Beratungsstelle genügt. Die Beratungsstellen sind im Internet unter www.fonds-heimerziehung.de zu finden. Die Anlauf- und Beratungsstelle für MV ist telefonisch unter 0385 / 557 1661 zu erreichen. Es empfiehlt sich eine schriftliche Meldung per Mail an heimerziehung@lstu.mv-regierung.de, per Fax an 0385 / 734 007 oder per Post an die Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“, Bleicherufer 7, 19053 Schwerin.

„Melden Sie sich, schreiben Sie an uns, sagen Sie es anderen Betroffenen. Wer bis 30. September 2014 nicht gemeldet ist, geht leider leer aus“, appellierte die Landesbeauftragte Anne Drescher. Ein Anmeldeformular kann unter www.landesbeauftragter.de abgerufen werden.

Die Anlauf- und Beratungsstelle bei der Landesbeauftragten für MV für die Stasi-Unterlagen ist zuständig für alle Betroffenen mit aktuellem Wohnort in Mecklenburg-Vorpommern sowie für Betroffene aus den alten Bundesländern und dem Ausland, wenn die einweisende Behörde ihren Sitz im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern hatte.

Der Fonds „Heimerziehung in der DDR“ wurde zum 1. Juli 2012 eingerichtet. Nachdem die Fondsmittel in Höhe von 40 Millionen Euro bereits vorfristig gebunden waren, sind seit September 2014 wieder Leistungsvereinbarungen möglich. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, eine Finanzierung für alle bis zum Meldeschluss vorgemerkten leistungsberechtigten Betroffenen zu sichern.

Presse-Kontakt:

Anne Drescher, Landesbeauftragte
Bleicherufer 7 | 19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 734006 | Fax: 0385 – 734007
E-Mail: post@lstu.mv-regierung.de
Internet: www.landesbeauftragter.de